

Antrag an den Gemeinderat von Barleben zur Änderung der Richtlinie über die Berichterstattung im Mittellandkurier.

Antrag: Da Kommunalwahlen für den Gemeinderat und die Ortschaftsräte in Barleben im Mai 2014 bevorstehen, stellen wir hiermit den Antrag, die Zuständigkeit hinsichtlich der „Verantwortlichkeit im Sinne des Presserechts“ vom Bürgermeister Herrn Franz Ulrich Keindorff auf den Gemeinderat Barleben zu übertragen!

Begründung: Da sich auf der Gemeinderatssitzung am 11.07.2013 wiederholt herausstellte, dass die Berichterstattung im jetzigen Mittellandkurier in einigen Beiträgen nicht der Wahrheit entsprach und Vereine und Privatpersonen in ihren Persönlichkeitsrechten beeinträchtigt wurden, ist es unabdingbar eine neutrale demokratische Zuständigkeit über den gesamten Inhalt des Mittellandkuriers zu schaffen! Dies ist nur möglich wenn eine demokratische Vertretung des Gemeinderates diese Aufgabe übernimmt und somit der Überschrift „Monatliches Mitteilungsblatt der Gemeinde Barleben“ besser gerecht wird! Es kann nicht sein, das redaktionell zielgerichtet über den Inhalt entschieden wird! Weiterhin ist es eine große Ungleichbehandlung und Vorteilsnahme, wenn der Barleber Bürgermeister in jeder Ausgabe mehrfach abgebildet und im Zusammenhang mit medienwirksamen Ereignissen in Szene gesetzt wird. Dies im Besonderen, da die Kommunalwahlen in wenigen Monaten bevorstehen! Der Barleber Bürgermeister hat seit seiner Amtsübernahme 1997 mehrfach für den Gemeinderat und den Ortschaftsrat in Barleben kandidiert, seitdem aber nie ein Mandat aus diesen Wahlen angenommen, sondern nur als Stimmenfänger für Nachrücker agiert! Es ist zu vermuten, dass Herr Keindorff diese gesetzlich leider nicht auszuschließende Wählertäuschung auch weiterhin praktizieren wird. Unter Nutzung der Publizität seiner Person im Mittellandkurier würden er und seine Partei einen klaren Vorteil gegenüber den anderen Mitbewerbern erwerben. Da der Mittellandkurier mit verhältnismäßig hohen Kosten aus Steuermitteln finanziert wird und in erster Linie zur Information der Bürger über kommunale Informationen genutzt werden soll, ist diese Nutzung nicht tragbar! Unser Vorschlag ist die Bildung eines Ausschusses für die Zulassung der Inhalte des Mittellandkuriers! Dieser Ausschuss soll aus den Fraktionsvorsitzenden oder einem Vertreter bestehen und im Vorfeld den Inhalt sichten, so wie es der Bürgermeister jetzt auch schon macht! Wir glauben hiermit, der demokratischen Meinungsbildung eine gerechtere Möglichkeit zu geben, um Vorteilsnahme bei dem wichtigsten Instrument der Demokratie, nämlich der Wahl, auszuschließen!

Fraktion CDU GR

M. Behrens

26.09.2013

Fraktion FW GR

E. Appenrodt

24.10.2013

Fraktion Die Linke GR

Klaus Fischer

24.10.2013